



GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 02 - 2013
Berlin, April 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

in unserem zweiten Newsletter informieren wir Sie wieder über zahlreiche Aktivitäten des Bündnisses für gute Pflege, unserer Mitglieder und Unterstützer sowie über Veranstaltungen und Termine.

Mittlerweile liegen die ersten Entwürfe der Bundestagswahlprogramme der Parteien vor, die Sie hier downloaden können:

[Entwurf des Regierungsprogramms der SPD: Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land!](#)

[Entwurf des Bundestagswahlprogramms Bündnis 90/Die Grünen: Zeit für den grünen Wandel - Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen.](#)

[Entwurf des Bundestagswahlprogramms DIE LINKE: 100 % sozial.](#)

[Entwurf des Bundestagswahlprogramms der FDP: Bürgerprogramm 2013](#)

Ein Entwurf des Regierungsprogramms der CDU liegt bislang noch nicht vor. Unter dem Motto „Was mir am Herzen liegt!“ können Bürgerinnen und Bürger noch bis zum 30.04.2013 Ideen einbringen und sich u.a. über die [Website der CDU](#) beteiligen.

Die SPD wird ihr Regierungsprogramm auf einem außerordentlichen Bundesparteitag in Augsburg am kommenden Sonntag, 14.04.2013, verabschieden. Das Bündnis für gute Pflege ist mit einem Informationsstand vor Ort vertreten. Wir freuen uns über Besuch und sammeln Ihren [Ein-Satz für gute Pflege!](#) Sie finden uns in Halle 7.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre des Newsletters!
Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen zu unserem Newsletter haben, dann schreiben Sie uns eine E-Mail an info@buendnis-fuer-gute-pflege.de.

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

[1. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege](#)

[1.1 Das Bündnis im Gespräch mit Bernd Riexinger \(DIE LINKE\)](#)

[2. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege](#)

[2.1 AWO für Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung](#)

[2.2 AWO tritt Bündnis für Altenpflege bei: Altenpflege spricht jetzt mit eigener Stimme](#)

[2.3 Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe zum Equal Pay Day: Gerechte Chancen für Frauen in der Pflege](#)

[2.4 Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.: Tanzaktion von Pflegenden vor dem Bundestag zum Equal Pay Day](#)

[2.5 wir pflegen: Forderungen zum Wahljahr 2013](#)

[2.6 wir pflegen: Brief an die Parteien - Initiative Armut durch Pflege](#)

[2.7 Kuratorium Deutsche Altenhilfe: Selbstbestimmung zum Ausgangspunkt der Pflege machen](#)

[2.8 Pflegekassen, Leistungserbringern und Sozialhilfeträger: Deutsches Netzwerk für Qualitätsentwicklung in der Pflege erhält Auftrag zur Entwicklung eines neuen Expertenstandards](#)

[2.9 Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege: Verbesserungspotentiale beim Antragsverfahren der Kranken- und Pflegekassen](#)

[2.10 AWO Württemberg: Neue Veranstaltungsreihe in der AWO Beratungsstelle im Seniorenzentrum Weststadt mit Hilde Mattheis MdB zum Thema „Wie geht es weiter mit der Pflege?“](#)

[2.11 pflegen-und-leben.de: Psychologische Online-Beratung pflegen-und-leben.de gewinnt Digitalen Gesundheitspreis 2013 der AOK](#)

[3. Veranstaltungen und Termine](#)

[3.1 Aufruf von ver.di Berlin-Brandenburg zum 1. Mai: Beteiligt Euch am "Weißen Block"!](#)

[3.2 5. Internationaler Fachkongress Basale Stimulation in Prag am 16./17. Mai 2013](#)

1. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

1.1 Das Bündnis im Gespräch mit Bernd Riexinger (DIE LINKE)

[nach oben](#) ↑

„Die Pflegebedürftigen brauchen eine maßgeschneiderte Pflege.“ Diese Position der Partei DIE LINKE bekräftigte deren Co-Vorsitzender Bernd Riexinger am 19. März in Berlin in einem Gespräch mit Vertreterinnen des „Bündnisses für gute Pflege“. Annelie Buntenbach vom geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Carola Ahlert, Vizepräsidentin der Volkssolidarität, und Angela Staub von der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Selbsthilfe waren für das Bündnis der Einladung gefolgt. Sie erfuhren vom Parteivorsitzenden: „Sie finden bei den LINKEN offene Türen für Ihre Anliegen.“

Riexinger bezeichnete die solidarische Finanzierung der Pflegeversicherung als "Kernpunkt". Es sei zu prüfen, ob sie nicht zu einer Vollversicherung und als Bürgerversicherung weiterentwickelt werden kann. Dem stimmten seine Gesprächspartnerinnen ebenso zu wie

der Feststellung, dass die pflegenden Angehörigen mehr unterstützt werden müssten. Der Parteivorsitzende schien wie die Partei selbst die politischen Hausaufgaben in Sachen Pflege gemacht zu haben, so dass die Bündnisvertreterinnen kaum Kritisches anbringen konnten und mussten. "Wir stimmen den Einschätzungen des Bündnisses, insbesondere zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Aufwertung der Pflegeberufe, ausdrücklich zu", so Riexinger im Gespräch. Carola Ahlert bat ihn, politischen Druck zu machen, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff nicht in Vergessenheit gerät. Danach sehe es derzeit aber aus, stellte die Vizepräsidentin der Volkssolidarität fest. Sie erinnerte auch daran, dass zu wenig getan werde für Prävention und Rehabilitation, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu mindern.

DGB-Vertreterin Annelie Buntenbach bezeichnete es in dem Gespräch als dringend notwendig, die Angehörigen und die Pflegenden besser zu unterstützen. In der Pflege gebe es "katastrophale Zustände". Trotz allem Redens vom Fachkräftemangel habe sich nichts an den Bedingungen für die in der Pflege Tätigen verändert. "Die Angehörigen sind oft allein gelassen", bestätigte Angela Staub von der BAG Selbsthilfe. Sie würden nicht ausreichend unterstützt und beraten, berichtete sie dem LINKEN-Parteichef. Aber auch die Situation für die Träger sei nicht besser geworden, ergänzte Carola Ahlert. So stünden innerhalb von 24 Stunden einem Pflegebedürftigen nur 63 Minuten Pflege zu. "Mehr wird von den Kassen nicht bezahlt", so die Verbandsvicepräsidentin. Da sei die oftmals kritisierte und skandalisierte desolote Pflegesituation in manchen Heimen nicht verwunderlich. "Die Finanzierungsstruktur stimmt nicht."

Das führte beim Vorsitzenden der LINKEN ebenso zu Kopfschütteln wie die Information, dass die Ausbildung in der Altenpflege nur von den Kassen und Trägern, aber nicht von Bund und Ländern finanziert wird. Riexinger bezeichnete es als immer noch unverständlich, warum Industriebetriebe besser bezahlt werden als Tätigkeiten im sozialen Bereich. "Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Arbeit mit und für Menschen weniger wert sein soll als das Zusammenschrauben eines Autos." Die Arbeit in der Pflege müsse höher bewertet werden, was auch für andere soziale Berufe gelte. Der Parteichef wandte sich dagegen, dass mit der Pflege Profit gemacht wird bzw. werden kann. "Es handelt sich um einen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Träger müssen dem Gemeinwohl verpflichtet sein." Zudem bezeichnete er es als Skandal, dass es nach Auskunft von Carola Ahlert die sogenannte Pflegepersonalregelung (PPR) nicht mehr gibt, die in den 90er Jahren festlegte, wie viel Pflegepersonal für wie viel Betreute notwendig ist.

Die Gesprächspartner kamen überein, sich weiterhin gegenseitig zu informieren. Riexinger versprach, dazu beizutragen, dass die Mitglieder und Strukturen der LINKEN mehr vom "Bündnis für gute Pflege" erfahren. "Sie können sich darauf verlassen, dass die LINKEN an der Seite der Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften steht", versprach er den Bündnisvertreterinnen. Die kündigten an, dass das Bündnis die Politik "weiter wachrütteln wird". Dazu sollen auch mit den anderen im Bundestag vertretenen Parteien Gespräche geführt werden. Mit Aktionstagen in den Bundesländern und in den Regionen werde in diesem Jahr außerdem versucht, die Bevölkerung aufzuklären und zu informieren.

Text: Tilo Gräser

[Eindrücke in Bildern...](#)

[Veröffentlichung zum Gespräch - DIE LINKE](#)

2. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

2.1 AWO für Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung

[nach oben](#) ↑

11.03.2013

AWO für Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung

Nach einem langen und intensiven Diskussionsprozess zur Reform der Pflegeausbildung lehnt die Arbeiterwohlfahrt die Einführung eines generalistischen Ausbildungsmodells in der Pflege ab", erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker anlässlich der heutigen Veröffentlichung des AWO Positionspapiers zur Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung. Das generalistische Modell würde eine Zusammenführung aller drei Pflegeberufe zu einem einheitlichen Berufsbild bedeuten. Stattdessen solle die Altenpflegeausbildung als eigenständiger Beruf erhalten und weiter qualifiziert werden. „Die Zukunft der Pflege muss an den Bedarfen einer immer älter werdenden Bevölkerung ausgerichtet werden. In einer Zeit, wo wir sowohl die Hochtechnisierung der Medizin und Pflege auf der einen Seite haben und auf der anderen Seite die wohnortnahe Arbeit im Quartier, ist es ein falscher Weg den Zugang zur Pflegeausbildung zu verengen.“

„In Zeiten des wachsenden Personalmangels können wir uns einen Umstieg in ein ganz anderes Ausbildungssystem nicht erlauben“, ist sich Döcker sicher. Es wäre schlicht zu riskant für die Kontinuität und Qualität der pflegerischen Versorgung vor allem im Bereich der Altenpflege. So zeigten internationale Befunde, dass die Altenpflege in Ländern mit generalistischer Ausbildung einen hohen Personalmangel zugunsten z.B. des Kliniksektors aufweist.

„Die deutsche eigenständige Altenpflegeausbildung hat in Europa viele Bewunderer“, betont Döcker und ergänzt: „Statt die Altenpflege durch ein generalistisches Ausbildungsmodell abzuschaffen, sollten wir uns der Besonderheit dieser Errungenschaft bewusst werden und sie vielmehr weiter qualifizieren und zu einem Modell für ein älter werdendes Europa machen.“ Deutschland sei als erstes EU-Land in besonders heftiger Weise vom demografischen Wandel betroffen und habe deshalb eine Vorreiterrolle.

Die Gründe für die Positionierung liegen für die AWO auf der Hand:

Unsere Gesellschaft wird immer älter. Im Jahre 2050 wird jeder achte Bürger über achtzig Jahre alt sein. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird schon im Jahr 2030 bei ca. 3,4 Mio liegen und ein Großteil von ihnen wird an Demenz erkrankt sein. Parallel dazu nimmt die Zahl potenzieller Angehöriger, die die Pflege übernehmen können, ab. Ohne eine Pflege, die die Lebensphase Alter in besonderer Weise berücksichtigt und die die spezifischen Bedarfe alter Menschen kennt, kann eine Bewältigung dieses Pflegezuwachses weder qualitativ noch quantitativ bewältigt werden. Dies gilt auch für den Krankenhaussektor. Altenpflegefachkräfte müssen deshalb auch verstärkt im Team u.a. mit Krankenpflegefachkräften zusammenarbeiten, um den komplexer werdenden Versorgungsbedarfen Rechnung zu tragen.

[Hier geht es zum Positionspapier der AWO...](#)

2.2 AWO tritt Bündnis für Altenpflege bei: Altenpflege spricht jetzt mit eigener Stimme

[nach oben](#) ↑

Neues Bündnis für Altenpflege gegen generalistische Pflegeausbildung

Einmalig in der Geschichte der deutschen Altenpflege: Sie hat sich am 20. März 2013 in Kassel zum breiten „Bündnis für Altenpflege“ aufgestellt und spricht nun bundesweit unüberhörbar mit eigener Stimme.

Damit richten sich die Bündnispartner geschlossen gegen den Plan der Bundesregierung, so schnell wie möglich den Beruf Altenpfleger/in abzuschaffen. „Die Altenpflegeausbildung darf aber nicht abgewickelt, sondern muss weiterentwickelt werden“, sagte Bündnissprecher Peter Dürrmann.

Aus Sicht der Bündnispartner ist die Altenpflege in der Gesundheitsbranche der Wachstumsbereich überhaupt: Die Anzahl pflegebedürftiger, oft mehrfach erkrankter alter Menschen, deren Langzeitversorgung vor Ort auch künftig verlässliche Kompetenz braucht, nimmt rasant zu. Seit Bund und Länder am 2. März 2012 aber die Eckpunkte für ein neues

Pflegeberufegesetz vorgelegt haben, ist klar: Der Gesetzgeber will die derzeit drei Ausbildungsgänge der Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege rasch zu einer einzigen generalistischen Pflegeausbildung verschmelzen. Das künftige Wissen einer „generalistischen Pflegekraft“ soll allen ehemaligen Berufsfeldern entnommen, den Auszubildenden aber weiter in nur drei Jahren vermittelt werden. Die Bundesregierung erwartet, dass diese Maßnahme den Pflegeberuf attraktiver macht, den Fachkräftemangel beseitigt und den Einsatz der Fachkräfte flexibilisiert.

„Solche Annahmen sind wissenschaftlich nicht belegt“, verweist Peter Dürrmann auf die Expertenvorträge während der Auftaktveranstaltung in Kassel. In der Tat haben dort namhafte Größen wie die Pflegewissenschaftlerinnen Prof. Dr. Martina Hasseler und Dr. Birgit Hoppe oder der Vorsitzende der „Aktion Demenz“, Prof. Dr. Reimer Gronemeyer, ungewöhnlich klare Worte für den Erhalt der spezialisierten Altenpflege gefunden und überzeugend begründet. Tenor: Die international vielfach schon praktizierte Generalistik hat nirgends zu der Behebung des Fachkräfte- und Personalmangels geführt. „In Deutschland würde sie die Versorgung alter Menschen auf eine reine Funktionspflege reduzieren, oberflächliches Wissen erzeugen und die Qualität in allen Versorgungsbereichen gefährden“, fasst Dürrmann zusammen. Mit Blick auf den demografischen Wandel fordern die Bündnispartner, den derzeitigen Fachkräftemangel in der Altenpflege nicht noch zu verschärfen, sondern der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen mit einer weiteren Professionalisierung der spezifischen Altenpflegeausbildung zu begegnen. Nicht die Ausbildung ist das Problem sondern die Rahmenbedingungen der Pflege.

Das Bündnis für Altenpflege (www.buendnis-fuer-altenpflege.de) repräsentiert schon heute die deutliche Mehrheit der vollstationären Altenpflege in Deutschland. Bündnispartner sind derzeit der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (www.bpa.de), die Arbeiterwohlfahrt (www.awo.org), der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e.V. (VDAB), der Arbeitskreis Ausbildungsstätten Altenpflege (AAA), der Deutsche Berufsverband Altenpflege (www.dbva.de), die Deutsche Expertengruppe Demenz (www.demenz-ded.de) sowie der Deutschen Verband der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen (www.dvlab.de). Unterstützt wird die Zielsetzung des Bündnisses zudem vom Bundesverband kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen (BKSB).

Bündnis für Altenpflege
% DVLAB e.V.
Bahnhofsallee 16
31134 Hildesheim
Tel: 0 51 21 / 28 92 872
Fax: 0 51 21/ 28 92 879
info@dvlab.de
www.buendnis-fuer-altenpflege.de

2.3 Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe zum Equal Pay Day: Gerechte Chancen für Frauen in der Pflege

[nach oben](#) ↑

Gerechte Chancen für Frauen in der Pflege

Berlin, 20. März 2013

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) setzt sich für eine gerechte Bezahlung der Frauen in Pflegeberufen ein. Der DBfK unterstützt damit den morgigen Equal Pay Day und beteiligt sich an den Aktionstagen in München, Nürnberg und Halle. Schwerpunkt in diesem Jahr sind die Gesundheitsberufe. Die Pflege gehört zu den typischen Frauenberufen – 85 Prozent der Berufsangehörigen sind weiblich. Wenn auch der Equal Pay Day die inakzeptablen Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern zum Thema macht, bleibt festzustellen, dass das Lohnniveau insgesamt in der Pflege für beide Geschlechter zu niedrig ist.

Der Pflegeberuf stellt hohe Anforderungen an Einsatz und Qualifikation, die zu tragende

Verantwortung ist groß. Der Lohn dafür steht allerdings in keinem Verhältnis dazu. Leider hat es in den vergangenen Jahren auch keine nennenswerten Verbesserungen gegeben, nach wie vor werden Beschäftigte in den klassischen Männerberufen mit vergleichbarer Ausbildung wesentlich besser vergütet als beruflich Pflegenden. Frauen sind darüber hinaus auch deswegen benachteiligt, weil sie wegen familiärer Verpflichtungen häufiger Teilzeit arbeiten als Männer oder durch Schwangerschaft, Erziehungszeiten usw. Karrierehemmnisse erleben. Unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen in der Pflege sind Familie und Beruf häufig schwer miteinander zu vereinbaren. Die Folge ist nicht nur eine erhebliche Lohndifferenz, sondern in der Folge auch mangelnde Absicherung im Alter.

Arbeitsplätze in der Pflege müssen so ausgestaltet sein, dass Frauen und Männer gleiche Chancen haben. Das heißt, die Gehälter müssen entsprechend der Qualifikation und den Anforderungen genügend Anreize und Motivation bieten, diesen Beruf dauerhaft auszuüben. Arbeitsbedingungen sind so zu gestalten, dass Frauen und Männer ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen das gesetzliche Rentenalter erreichen. Und berufliche Weiterentwicklung und Perspektiven müssen Frauen und Männern gleichermaßen ermöglicht werden.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.4 Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.: Tanzaktion von Pflegenden vor dem Bundestag zum Equal Pay Day

[nach oben](#) ↑

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. am Equal Pay Day: „Die Politik sollte auf die Pflegenden hören“

Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (DWBO) hat zum Equal Pay Day seine Forderungen für mehr Wertschätzung des Pflegeberufs vorgestellt. Rund 80 Mitarbeitende aus der Pflege und Schülerinnen und Schülern aus Pflegefachschulen tanzten und sangen bei Schnee und Kälte vor dem Deutschen Bundestag: „We work hard for the money“.

Diakoniedirektorin Susanne Kahl-Passoth sagte: „Die Politik sollte auf die Pflegenden hören, sie sind die Zukunft. Die Aktion war ein Erfolg, weil wir den Mitarbeitenden eine Stimme gegebenen haben.“

Martin Matz, Diakonievorstand und Vorsitzender des Berliner Landespflegeausschusses beim Senat, dankte den Mitarbeitenden, die trotz Kälte zahlreich teilnahmen: „Unser Dank gilt den Mitarbeitenden, die heute mit dabei waren und all denen, die täglich diese wichtige Arbeit leisten und Menschen pflegen.“

Am 21. März ist Equal Pay Day – der Tag, bis zu dem Frauen im Durchschnitt arbeiten müssen, um das durchschnittliche Gehalt eines Mannes zu erreichen. In der Pflege sind 80 Prozent der Pflegenden weiblich. Das Diakonische Werk wollte mit der Aktion auf seine Forderungen für mehr Wertschätzung des Altenpflegeberufs aufmerksam machen.

[Alle Infos zur Aktion finden Sie hier...](#)

[Positionspapier zum equal pay day](#)

2.5 wir pflegen: Forderungen zum Wahljahr 2013

[nach oben](#) ↑

wir pflegen - Forderungen zum Wahljahr 2013

Millionen Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft pflegen eine ihnen nahestehende Person auf eigene Kosten. Viele üben ihren Beruf aus und pflegen

gleichzeitig – oft mit der Folge, dass sie durch die stressvolle Mehrfachbelastung selbst erkranken, weil sie nicht ausreichende Auszeiten von der Pflege haben.

Für Zehntausende führt wohl gemeinte Pflege zu finanzieller Verarmung und sozialer Ausgrenzung. Tausende werden zu Hartz IV Empfängern. Auch übernehmen immer mehr Jugendliche, oft schon ab 12 Jahren, Pflegeverantwortung in ihren Familien, die nicht wahrgenommen wird. Pflegende Angehörige sind der größte Pflegedienst unseres Landes. Damit leistet Familienpflege den wirtschaftlich größten Beitrag zu Deutschlands Pflegesystem.

Deshalb darf unsere Gesellschaft diese Menschen nicht ignorieren: Wir begrüßen, dass viele Akteure in Politik und Gesellschaft mehr Anerkennung und Unterstützung für pflegende Angehörige fordern. Das ist immerhin ein Anfang.

Doch wir pflegen möchte, dass diesen Forderungen auch endlich Taten folgen:

- Armut durch Pflege verhindern:

Hartz IV für pflegende Angehörige, die oft ihre Erwerbstätigkeit für die Pflege aufgegeben haben, ist keine Wertschätzung. Verbessertes Pflegegeld und eine Neuregelung und Aufwertung der Grundsicherung für langfristig pflegende Angehörige dagegen sehr.

- Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ermöglichen:

Die gesetzlichen Regelungen zur Pflegezeit und Familienpflegezeit belasten allein erwerbstätige pflegende Angehörige. Sie sind kein Mittel, um Beruf und Pflege besser zu vereinbaren, denn die finanziellen Einbußen sind zu hoch, und es kommt auf den guten Willen der Arbeitgeber an. Eine Reform dieser Gesetze ist dringend notwendig und muss die gerechtere Verteilung der Lasten und den verbindlichen Rechtsanspruch zum Ziel haben.

- Gesundheitsförderung und Prävention erleichtern:

Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass pflegende Angehörige selbst zum Pflegefall werden. Doch um Auszeiten von der Pflege und Rehabilitationsmaßnahmen zu erhalten, wurden die bürokratischen Hürden für pflegende Angehörige so hoch gelegt, dass keiner sie in Anspruch nimmt. Der Zugang zu Erholung und Rehabilitation muss ihnen künftig erleichtert werden.

Gemeinsam mit vielen Pflegepartnern fordert wir pflegen als Interessenvertretung der familialen Pflege eine gerechtere solidarische und paritätische Finanzierung der Pflege.

2.6 wir pflegen: Brief an die Parteien - Initiative Armut durch Pflege

[nach oben](#) ↑

wir pflegen hat sich im Rahmen der Initiative Armut durch Pflege mit dem Thema Prävention von Armut in der Familienpflege und rechtliche Gleichstellung von pflegenden Angehörigen an alle Parteivorsitzenden sowie an über 100 Mitglieder des Deutschen Bundestages der Ausschüsse Gesundheit, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Arbeit und Soziales gewandt:

[Parteienbrief mit Wahlprüfsteinen](#)

[Die Broschüre "gegen Armut durch Pflege" ist hier abrufbar...](#)

2.7 Kuratorium Deutsche Altenhilfe: Selbstbestimmung zum Ausgangspunkt der Pflege machen

[nach oben](#) ↑

Selbstbestimmung zum Ausgangspunkt der Pflege machen

Eine gute Pflege basiert auf den individuellen Wünschen und Bedürfnissen der

Pflegebedürftigen. Das Kuratorium Deutsche Altershilfe fordert in der aktuellen Ausgabe seines Fachmagazins ProAlter, die Wünsche und Bedürfnisse der Pflegebedürftigen stärker in den Mittelpunkt der täglichen Arbeit zu stellen.

Köln, 31.01.2013. Wie stark Menschen ihr Leben beeinflussen können, hat einen großen Einfluss auf ihre Lebensqualität. Doch vielen Menschen mit Hilfs- und Pflegebedarf fällt es schwerer als gesunden Menschen, ihre Wünsche durchzusetzen. „Wir müssen die Wünsche und Bedürfnisse der zu Pflegenden zum Ausgangspunkt der Begleitung und Pflege machen, auch wenn dies einem reibungslosen Arbeitsablauf in der Pflege entgegenstehen kann“, sagt der Geschäftsführer des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA), Dr. Peter Michell-Auli.

Das KDA schlägt in der aktuellen Ausgabe seines Fachmagazins ProAlter vor, einen Prozess zu implementieren, der sicherstellt, dass die Wünsche der zu Pflegenden wahrgenommen und berücksichtigt werden. Die Wünsche unterscheiden sich von Person zu Person: Einige würden gern ein Glas Wein oder eine Flasche Bier zum Abendessen trinken, andere möchten im Garten arbeiten oder wünschen sich Live-Musik.

Diese individuellen Bedürfnisse in die Arbeit zu integrieren, kann für das Pflegepersonal schwierig sein. „Einzelne Personen begleiten meist viele Klienten, für jeden einzelnen bleibt manchmal wenig Zeit. Zudem werden die Pflegepersonen mit Leid, Siechtum und Ekel konfrontiert. Einige entwickeln Schutzreaktionen, die dazu führen können, dass sie die Pflegebedürftigen objektivieren und Leistungen standardisiert erbringen, statt auf Individuen einzugehen“, erklärt Christine Sowinski, Leiterin des Bereichs Beratung von Einrichtungen und Diensten.

Eine gute Pflege leistet aber genau das. Sie nimmt Wünsche auf und setzt sie um. Um dies dauerhaft zu gewährleisten, muss die Selbstbestimmung in den täglichen Arbeitsabläufen berücksichtigt werden. „Müssen wir uns nicht bei allem, was wir regelmäßig machen, fragen, wie dies am besten ablaufen soll? Eine konsequente Umsetzung kann durch ein entsprechendes Instrumentarium wirkungsvoll unterstützt werden. An einem solchen Instrumentarium arbeitet das KDA zurzeit“, sagt Michell-Auli. Mithilfe des Instrumentariums findet das Pflegepersonal gemeinsam mit den Hilfe- und Pflegebedürftigen die für sie beste Lösung.

Weitere Informationen zur ProAlter-Ausgabe 1/2013 finden Sie auch [hier](#).

Kuratorium Deutsche Altershilfe

Das KDA entwickelt seit mehr als 50 Jahren im Dialog mit seinen Partnern Lösungskonzepte und Modelle für die Arbeit mit älteren Menschen und hilft, diese in der Praxis umzusetzen. Es trägt durch seine Projekte, Beratung, Fortbildungen, Tagungen und Veröffentlichungen wesentlich dazu bei, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern. Dabei versteht sich das KDA als Wegbereiter für eine moderne Altenhilfe und Altenarbeit.


ProAlter, das unabhängige Fachmagazin des KDA, bietet allen, die sich beruflich, ehrenamtlich oder privat mit Fragen des Älterwerdens beschäftigen, wertvolle Anregungen und Impulse für ihre Arbeit. Das Spektrum umfasst dabei alle Bereiche der Altenhilfe und Seniorenarbeit, von der Pflege bis hin zur kommunalen Altenhilfeplanung und Bürgerschaftlichem Engagement.

Ansprechpartnerin:

Simone Helck, E-Mail: presse@kda.de

Telefon: +49 221 931847-10

2.8 Pflegekassen, Leistungserbringern und Sozialhilfeträger: Deutsches Netzwerk für Qualitätsentwicklung in der Pflege erhält Auftrag zur Entwicklung eines neuen Expertenstandards

[nach oben](#) 

Berlin, den 26. März 2013

Deutsches Netzwerk für Qualitätsentwicklung in der Pflege erhält Auftrag zur

Entwicklung eines neuen Expertenstandards

Die Vertreter von Pflegekassen, Leistungserbringern und Sozialhilfeträgern (Vertragsparteien nach § 113 SGB XI) haben einstimmig beschlossen, den Auftrag des ersten Expertenstandards nach § 113a SGB XI an das Deutsche Netzwerk für Qualitätsentwicklung in der Pflege (DNQP) zu vergeben. Der Expertenstandard befasst sich mit dem Thema „Erhaltung und Förderung der Mobilität“. Viele pflegebedürftige Menschen können sich nicht selbstständig bzw. nur stark eingeschränkt bewegen. Mobil zu sein, trägt für Pflegebedürftige jedoch entscheidend zur Gesundheit und Lebensqualität bei. Daher haben sich die Vertragspartner entschlossen, die Entwicklung des ersten Expertenstandards, der „Erhaltung und Förderung von Mobilität“, zu widmen.

Für die Auswahl eines geeigneten Themas hatten die Vertragsparteien im Vorfeld den Rat von Pflegewissenschaftlern eingeholt und diesen in ihre intensiven Beratungen einbezogen. Der Vergabe an das DNQP war eine begrenzte Ausschreibung voraus gegangen, an der sich drei namhafte pflegewissenschaftliche Institute bzw. einzelne Wissenschaftler beteiligt hatten.

Das DNQP wird die Arbeit an den evidenzbasierten Expertenstandard auf Grundlage der seit 2009 geltenden Verfahrensordnung nach § 113a SGB XI aufnehmen. Die Entwicklung der Standards erfolgt arbeitsteilig. Das DNQP, angesiedelt an der Hochschule Osnabrück, übernimmt unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Büscher die Gesamtkoordination des Projekts und die Sicherstellung der methodischen Qualität des Expertenstandards. Unter der Leitung von Dr. Klaus Wingenfeld vom Institut für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld erfolgt zunächst die Sichtung und Auswertung der Literatur sowie die Evidenzsynthese. Eine Expertenarbeitsgruppe wird in einem zweiten Schritt die Entwicklung der Standardaussagen und ihre Kommentierung vornehmen.

Der Entwurf des Expertenstandards wird Mitte Juni 2014 vorliegen. Daran wird sich eine modellhafte Implementierung anschließen, in der die Praxistauglichkeit und die Wirksamkeit des Expertenstandards untersucht werden. Vorab soll der Entwurf bereits am 28. März 2014 im Rahmen einer Konferenz der Fachöffentlichkeit vorgestellt und diskutiert werden. Nach dem Praxistest ist der Expertenstandard nach § 113a SGB XI im Bundesanzeiger zu veröffentlichen und wird dadurch für alle Pflegekassen und deren Verbände sowie für die zugelassenen Pflegeeinrichtungen unmittelbar verbindlich.

Hintergrund:

Expertenstandards sind wissenschaftlich fundierte Instrumente, die zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege beitragen. Sie zeigen Pflegekräften auf Grundlage pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse und pflegepraktischer Erfahrungen Handlungskorridore z. B. bei der Risikoeinschätzung oder den zu ergreifenden Maßnahmen auf. Erfahrungen mit Expertenstandards haben gezeigt, dass sie entscheidend zur Systematisierung der Pflegepraxis in den stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten beitragen.

Pressekontakt:

♣ Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.
Ansprechpartner: Claus Bölicke, Tel. 030 26309-161

♣ Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGÜS), Ansprechpartner: Matthias Krömer, Tel.: 0251 5916530

♣ Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste
Ansprechpartner: Herbert Mauer, Tel. 030 30878860

♣ Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
Ansprechpartner: Dr. Irene Vorholz, Tel. 030 590097-341, Dr. Uda Bastians
030 37711-420

♣ Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe
Ansprechpartner: Thomas Knieling, Tel. 030 200590790

♣ GKV-Spitzenverband, Pressestelle, Ann Marini, Tel. 030 206288-4210

Vertragsparteien nach § 113a SGB XI:

GKV-Spitzenverband, Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e. V., Arbeitgeber- und Berufsverband Privater Pflege e. V., Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V., Bundesarbeitsgemeinschaft Hauskrankenpflege e. V., Deutscher Caritasverband e. V., Deutsches Rotes Kreuz e. V., Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Arbeitsgemeinschaft Privater Heime und Ambulanter Dienste Bundesverband e. V., Bundesverband Ambulante Dienste und Stationäre Einrichtungen e. V., Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen e. V., Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe Bundesverband e. V., Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe

2.9 Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege: Verbesserungspotentiale beim Antragsverfahren der Kranken- und Pflegekassen

[nach oben](#) ↑

Verbesserungspotentiale beim Antragsverfahren der Kranken- und Pflegekassen: Erste Schritte zum Wohle der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen

Berlin, 20.03.2013: Das Projekt der Bundesregierung zur Ermittlung und Dokumentation des Erfüllungsaufwands im Bereich Pflege und von "Antragsverfahren auf gesetzliche Leistungen für Menschen, die pflegebedürftig oder chronisch krank sind" ist abgeschlossen. Gestern präsentierte Staatsminister Eckart von Klæden als Koordinator der Bundesregierung für Bürokratieabbau die Ergebnisse der Öffentlichkeit. Ziel des Projekts war es, Vereinfachungsmaßnahmen im Antragsverfahren bei Kranken- und Pflegekassen und Potenziale für einen Bürokratieabbau zu identifizieren.

„Leider erreichen uns immer wieder Klagen von Betroffenen über zu viel Bürokratie, zu wenig Information und Beratung sowie zunehmende Ablehnung von Anträgen“, ergänzt der BAGFW-Präsident Wolfgang Stadler die Erfahrungen aus der Praxis.

Zusammenfassend wurden in dem vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Projekt u. a. folgende Verbesserungspotentiale festgestellt:

- ♣ die Einführung einheitlicher, kassenübergreifender Antragsformulare, die übersichtlich und leicht verständlich sind,
- ♣ klare Informationen über Zuständigkeiten, Fristenregelungen sowie
- ♣ qualifizierte Beratung über Leistungs- und Antragsmöglichkeiten sowie Ablehnungs- oder Bewilligungsgründe.

Stadler fordert die Politik auf, die nun vorliegenden Verbesserungsvorschläge zum Wohle der Pflegebedürftigen und Ihrer Angehörigen auch umzusetzen. Die Einrichtung einer oder mehrerer themenbezogener Arbeitsgruppen unter einer neutralen Moderation könnte dazu ein erster Schritt sein.

„Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege wollen diesen Prozess weiterhin aktiv unterstützen und konstruktiv mitwirken“, beschreibt der BAGFW-Präsident die Position und Erwartungen der Freien Wohlfahrtspflege.

Der Projektbericht ist [hier abrufbar](#).

Der Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages wird den Bericht in einer seiner kommenden Sitzungen behandeln.

Für Rückfragen an die BAGFW: Claus Bölicke, BAGFW-Fachausschuss Altenhilfe; Tel. 030/ 26

2.10 AWO Württemberg: Neue Veranstaltungsreihe in der AWO Beratungsstelle im Seniorenzentrum Weststadt mit Hilde Mattheis MdB zum Thema „Wie geht es weiter mit der Pflege?“

[nach oben](#) ↑

Pressemitteilung zur neuen Veranstaltungsreihe in der AWO Beratungsstelle im Seniorenzentrum Weststadt mit Hilde Mattheis MdB zum Thema „Wie geht es weiter mit der Pflege?“

Zur Auftaktveranstaltung der neu initiierten sozialpolitischen Veranstaltungsreihe in den Räumen der AWO Beratungsstelle im Seniorenzentrum Weststadt am 27.03. 2013 konnte die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis (SPD) zum Thema „Wie geht es weiter mit der Pflege“ gewonnen werden.

In seiner Begrüßung betonte Einrichtungsleiter Ulrich Rommel, dass es den Kooperationspartnern (Seniorenzentrum Weststadt, Ulmer Heimstätte, Kreisverband AWO) ein wichtiges Anliegen sei, die seit rund anderthalb Jahren bestehende Beratungsstelle in das öffentliche Leben in der Ulmer Weststadt zu integrieren. Deswegen habe man sich dazu entschlossen, eine sozialpolitische Veranstaltungsreihe zu starten, um interessierte Bürgerinnen und Bürger zu wichtigen Themen einzuladen.

Die AWO als großer Verband der freien Wohlfahrtspflege hat sich im „Bündnis für gute Pflege“ gemeinsam mit einer Reihe von Sozialpartnern zusammengeschlossen, um unter dem Leitsatz „Gute Pflege ist ein Menschenrecht“ um für eine bessere Perspektive für die Pflege in Deutschland zu kämpfen. Deshalb lag es nahe, die neue Veranstaltungsreihe mit einer ausgewiesenen Pflegeexpertin, Hilde Mattheis, Mitglied des Gesundheitsausschusses des Bundestages, zu beginnen.

Frau Mattheis stellte zu Beginn kurz und informativ das Positionspapier der SPD für eine Reform der Pflegeversicherung vor, dessen Kernstück die Unterstützung und Sicherung der Teilhabe von Pflegebedürftigen ist. Dies erfordert eine Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, um vor allem den Hilfebedarf und Bedürfnisse Dementiell Erkrankter besser gerecht zu werden. Um die Möglichkeiten der Ambulanten Versorgung, sowie der Prävention und Rehabilitation zu stärken, soll Anstelle der Pflegestufen eine Eingruppierung in 5 Bedarfsgrade erfolgen. Wichtig war Frau Mattheis auch, dass dies nicht zum Nulltarif zu haben sein wird, sondern Geld kosten (ca. 3-4 Mrd.) wird, das über eine Erhöhung des Beitragsatzes zur Pflegeversicherung aufgebracht werden müsste.

Anschließend daran entspann sich mit den Besuchern eine angeregte Diskussion, vor allem um die Frage, wie wollen wir selbst im Alter leben und gepflegt werden, wie kann die Pflege von bürokratischem Ballast befreit werden, aber auch welche Möglichkeiten „niederschwelliger Hilfe“ und nachbarschaftlichen Engagements (z.B. Tauschbörsen) gibt es. Einig waren sich alle, dass die Anforderungen des demographischen Wandels nur mit vielfältigen Anstrengungen in Städtebau, Ausbau von Hilfenetzen und -formen, nachbarschaftlichem Engagement und auch einem erhöhten Mitteleinsatz bewältigt werden können.

Die nächste Veranstaltung wird am 22. Mai um 19.30 zum Thema „Leben ist Bewegung – Mehr Freiheit wagen“ stattfinden und sich dem Umgang mit Fixierungen und vor allem deren Vermeidung beschäftigen. Im Juni wird dann eine Veranstaltung zum Thema Energie folgen und dort speziell zum Thema Wasser, hochaktuell durch die Absicht der EU die Wasserversorgung zu liberalisieren.

Ulrich Rommel
-Heimleitung-
Seniorenzentrum Weststadt
Magirusstr. 10

89077 Ulm

0731 / 155393-12

rommel@awo-wuerttemberg.de

2.11 pflegen-und-leben.de: Psychologische Online-Beratung pflegen-und-leben.de gewinnt Digitalen Gesundheitspreis 2013 der AOK

[nach oben](#) ↑

Psychologische Online-Beratung pflegen-und-leben.de gewinnt Digitalen Gesundheitspreis 2013 der AOK

Berlin, 6. März 2013 – Das in Deutschland einmalige Beratungsportal für pflegende Angehörige „pflegen-und-leben.de“ wurde gestern auf der CeBIT mit dem „AOK-Leonardo – Gesundheitspreis für Digitale Prävention“ geehrt. Das Modellprojekt der gemeinnützigen GmbH Catania überzeugte die Jury dabei mit der technischen Innovation zur Förderung einer gesunden Lebensweise älterer Menschen. Neben der Auszeichnung erhielt die Berliner Organisation ein Preisgeld von 12.500 Euro. Die Preisverleihung wurde vom Medizinkabarettisten Dr. Eckart von Hirschhausen moderiert.

Der AOK-Leonardo 2013 stand unter dem Motto "Aktiv älter werden mit App und Web". Das Online-Portal pflegen-und-leben.de war einer von zwei Preisträgern der Kategorie Praxiserprobtes. „Pflegerische Angehörige sind oft enormen körperlichen und seelischen Belastungen ausgesetzt. Für diese Personen ist es wichtig, dass sie ein Ventil für ihre Sorgen haben und auf professionelle Unterstützung zurückgreifen können. Das Beratungsportal ‚pflegen-und-leben.de‘ bietet diese Hilfe – schnell und ganz einfach per Mausclick“, lobte Jürgen Graalman, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes das preisgekrönte Internetportal.

Seit Mitte 2011 richtet sich das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Projekt www.pflegen-und-leben.de an pflegende Angehörige älterer Menschen in häuslicher Umgebung. pflegen-und-leben.de bietet auf seinem Internetportal vielfältige Informationen und Tipps zur Förderung der seelischen Gesundheit im Pflegealltag. Kernstück von pflegen-und-leben.de ist eine persönliche psychologische Online-Beratung für pflegende Angehörige bei seelischer Belastung - anonym, kostenfrei und datensicher.

Kontakt:

Catania gemeinnützige GmbH • Hilfe für Helfer

Modellprojekt „pflegen-und-leben.de“

Imke Wolf (Projektleiterin)

Telefon 030 - 30 39 06 70

i.wolf@pflegen-und-leben.de

www.pflegen-und-leben.de

3. Veranstaltungen und Termine

[nach oben](#) ↑

3.1 Aufruf von ver.di Berlin-Brandenburg zum 1. Mai: Beteiligt Euch am "Weißen Block"!

[nach oben](#) ↑

Beteiligt Euch zum 01. Mai 2013 am „Weißen Block“

Kommt zum „Weißen Block“ am 1. Mai, zieht Euch etwas Weißes an (T-Shirt oder Bettlaken), macht Euch kenntlich oder schminkt Euch weiß. Bringt Transparente mit.

Treffpunkt in Berlin:

09:30 Uhr Treffen zur Demo Hackescher Markt/

Spandauer Straße; 10:00 Uhr Beginn der Demo zum Brandenburger Tor

Soziale Arbeit ist mehrWERT.

Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitswesen - in Pflege, Betreuung, Beratung und Begleitung - prangern an: Wir haben zuviel Arbeit, wir stehen unter Arbeitsdruck, wir werden krank - wir zerreißen uns, weil wir es mit Menschen zu tun haben, die ein Gespräch brauchen und wir die Zeit dazu nicht haben.

Ein „Weißer Block“ für den MEHRwert.

Geld ist in dieser Gesellschaft da. Statt für Menschen wird es für marode Banken ausgegeben. Wir brauchen Geld für eine menschenwürdige Pflege, Betreuung und Begleitung. Die Beschäftigten verdienen gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter.

Begleitung, Betreuung und Pflege sind eine GESELLSCHAFTLICHE AUFGABE, finanziert von der Gemeinschaft und keine Leistungen nur für Menschen, die es sich leisten können. Wer reich ist, braucht bekanntlich keinen Sozialstaat.

WIR alle baden die fehlgeleitete Politik im Land und im Bund aus.

Pflege nach einem Unfall, Hilfe in einer Eheberatungsstelle oder Betreuung im Alter.

WIR möchten nicht von Menschen gepflegt und betreut werden, die keine Zeit für ein freundliches Wort haben!

Ohne soziale Angebote sind die Städte und Gemeinden verödet.

Seid sozial und unbescheiden.

Wenn wir uns nicht selber helfen, hilft uns keiner.

Denn: WIR sind „systemrelevant“ - nicht nur Banken!

WIR - die Beschäftigten.

WIR - die Patientinnen und Patienten.

WIR alle - wenn wir betreut und begleitet werden wollen.

Soziale Arbeit ist MEHRWERT

V. i. S. d. P.: ver.di Lbz Berlin-Brandenburg, FB 3, Meike Jäger,
Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

3.2 5. Internationaler Fachkongress Basale Stimulation in Prag am 16./17. Mai 2013

[nach oben](#) ↑

Internationaler Kongress Basale Stimulation® in Prag 2013

16. und 17. Mai 2013

"Basale Stimulation® - eine interprofessionelle Herausforderung"

Die zentralen Lebensthemen von der Geburt bis zum Lebensende

Schirmherrschaft: Minister für Gesundheitswesen doc. MUDr. Leos Heger, CSc und Minister für Sozialdienst Dipl. Ing Dr. Jaromir Drabek

Ort am Donnerstag, 16.5.2013: im Studentenwohnheim der Universität ČVUT

Gala-Dinner und Veranstaltung am Freitag, 17.5.2013: im Hotel Diplomat Prag

Der Flyer kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Weiterempfehlen

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen Sie sie doch weiter.

Wichtig

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail (annika.lange@diakonie.de) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

Impressum

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Projekt: Bündnis für gute Pflege
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: stephan.roeeger@diakonie.de
Web: www.diakonie.de

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr gemeinsam.
Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,
Vereinsregister 31924 B
USt-IdNr.: DE 147801862

Abmelden

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

Redaktion

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an Dr. Annika Lange (annika.lange@diakonie.de).

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten.
Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzender
Präsident OKR Johannes Stockmeier

stellvertretende Vorsitzende
Präsidentin Cornelia Füllkrug-Weitzel

Dr. Jörg Kruttschnitt
Maria Loheide
Tilman Henke
Prof. Dr. Claudia Warning